



AKAGERA - RHEIN e.V.
Postfach 37 23
D-90018 Nürnberg

Tel.: 0049 911 325 660
Fax: 0049 911 325 660
E-Mail: vorstand%akagera@mailings.gmx.de



RDR - Sektion Deutschland
Postfach 1072
D-68767 Ketsch

Tel: 0162-4154335
Fax: 089-2443-70743
E-Mail: RDR-Deutschland@gmx.de

23.04.2002

PRESSEERKLÄRUNG

Auf Einladung des deutsch-ruandischen Kulturvereins AKAGERA-RHEIN e.V. und der „Vereinigung für die Rückkehr der Flüchtlinge und Demokratie in Ruanda“ in Deutschland (RDR-Deutschland) versammelt sich die Opposition zu derzeitigen ruandischen Staatsführung am 27.04.2002 in Treis-Karden. Sie will zum einen die Leistungen der seit 20 Jahren dauernden Partnerschaft des Bundeslandes Rheinland-Pfalz mit Ruanda dankbar würdigen, zum anderen aber auch darauf aufmerksam machen, dass das große Ziel des Aufbaus eines sozialen Rechtsstaats in Ruanda, das am Beginn der Partnerschaft stand, nicht erreicht ist und von den derzeitigen Machthabern in Kigali nicht einmal angestrebt wird.

Wir sind dankbar, dass die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz auch in schweren Zeiten nicht aufgehört hat, der Bevölkerung Ruandas beizustehen. Die Maßnahmen dienten der Überlebenssicherung der ländlichen Gemeinden. Schulbau, -renovierung, Quellfassungen, Ausstattungen von Gesundheitszentren, Aufbau und Aufrechterhaltung von gemeindlichen Fortbildungszentren, Einrichtungen von Wasser- und Stromversorgung in Schulen, Gesundheits- und Gemeindezentren, Betreuung von AIDS-Waisen, Brückenbau, Wiederaufforstung, Einrichtung von Schneiderwerkstätten und viele andere lebenswichtige Entwicklungsprojekte sind zugleich auch Zukunftssicherung für die ruandische Bevölkerung.

Der am 1. Oktober 1990 von Uganda aus entfachte Krieg hat das Land schon in seinen Grundfesten erschüttert und die positive Aufbauleistung beeinträchtigt. Die Apokalypse brach am 6.4. 1994 über das Land herein, als die beiden Präsidenten Habyarimana von Ruanda und Ntaryamira von Burundi einem Attentat zum Opfer fielen und in dem so entstandenen politischen Chaos Hunderttausende Menschen aller Bevölkerungsgruppen - von der internationalen Gemeinschaft unverteidigt - ihr Leben verloren.

Zwanzig Jahre Partnerschaft sind auch Anlass, deren Gründerväter zu würdigen. Dem damaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Dr. Bernhard Vogel, dem heutigen Ministerpräsidenten von Thüringen, ist zu danken, dass er auf Vermittlung des damaligen ruandischen Botschafters in Bonn Renzaho – er verlor am 6.4.1994 beim Abschuss der Präsidentenmaschine ebenfalls sein Leben - den Partnerschaftsvertrag mit dem damaligen Präsidenten Juvénal Habyarimana in die Wege leitete. Dank gilt auch den Nachfolgern von Dr. Vogel an der Spitze der Regierung in Mainz, die ungeachtet unterschiedlicher Parteizugehörigkeit, das vom ersten Beauftragten für die Partnerschaft, Prof. Dr. Peter Molt, in Gang gesetzte System der Partnerschaft von Gemeinden aus Rheinland-Pfalz und Ruanda tatkräftig fortsetzten. Wir würdigen sehr die bewundernswerte Arbeit vom Prof. Dr. Peter Molt.

Rheinland-Pfalz führte nicht nur die Partnerschaft mit Ruanda fort, sondern kam auch vielen Flüchtlingen zu Hilfe, die keinen Platz in den neuen politischen Strukturen Ruandas finden konnten. Für diese Gastfreundschaft sei ausdrücklich gedankt.

Leider konnte seit dem Ende des Bürgerkrieges keine vom Volk getragene Regierung in Ruanda etabliert werden. Die Militärherrschaft, die sich durch den Völkermord des Jahres 1994 legitimiert glaubt, sich aber keineswegs auf das Machtteilungsabkommen von Arusha vom 4. August 1993 berufen kann, dauert an. Die Rückkehr aus dem Exil ist unmöglich. Die mit finanzieller Hilfe von Rheinland-Pfalz, ausgebildeten Fachkräfte können nicht nach Ruanda zurückkehren.

Im Namen der im Exil lebenden Ruanderinnen und Ruander appellieren wir an die Völkergemeinschaft, endlich die Verantwortlichkeiten für das Attentat vom 6.4.1994 zu untersuchen und zu klären. Dieses Attentat hat das Leben von zwei der Initiatoren der ruanda-rheinland-pfälzischen Partnerschaft gekostet.

General Paul Kagame, der heutige Staatspräsident, ist für die Ermordung tausender Flüchtlinge in den Urwäldern des Kongo verantwortlich und hält unter dem militärisch nicht haltbaren Vorwand der Bedrohung durch Überlebende der früheren ruandischen Armee ein Drittel der Demokratischen Republik Kongo besetzt. Er und seine Soldaten, für die die armen ruandischen Bauern aufkommen müssen, ist heute das größte Hindernis für die Herstellung des Friedens in Zentralafrika. Die heutigen Machthaber in Kigali verhindern die Aussöhnung der ruandischen Volksgruppen und eine sozio-ökonomisch nachhaltige Entwicklung Ruandas. Die jetzige Regierung von RPF bemächtigt sich hemmungslos des Landes. In einem Bericht von Alison des Forges, Aktivistin von Human Rights Watch, die keineswegs als RPF-feindlich angesehen werden kann, heißt es z.B.: *„Die Bauern mussten ihr Land verlassen und wurden anschließend in die von der Regierung errichteten Gemeinden umgesiedelt, wo sie nicht mehr als einen kleinen Garten haben. In vielen Fällen bemächtigten sich die in engem Kontakt mit der Regierung stehenden Offiziere der Armee bzw. Geschäftsmänner der Ländereien armer Bauern und rechtfertigten dies mit der landwirtschaftlichen Produktivität, die angeblich durch Liegenschaftskonzentrationen gesteigert werden sollte.“*

Wir als demokratische Opposition fordern das Land Rheinland-Pfalz, die Bundesregierung und die deutsche Bevölkerung auf, sich der heutigen Realität in Ruanda zu stellen und nicht nur mit Blick auf die Katastrophe des Jahres 1994 und die verdammenswerten Massaker, sich weiterhin zu bemühen, die ruandische Regierung dazu bewegen, den von der Opposition gewünschten Dialog zu akzeptieren. Ansonsten verlängert die heutige Diktatur das Elend der ruandischen Bevölkerung. Der Aufbau einer Justiz, die alle geschehenen Verbrechen verfolgt, steht aus. Das kürzlich in Frankreich erschienene Buch von Charles ONANA „Les Secrets du Génocide Rwandais. Enquête sur les mystères d'un Président“ (Die Geheimnisse des ruandischen Völkermords. Untersuchungen über die Rätsel eines Präsidenten.) beweist, dass auf der Seite der Front fürchterliche Verbrechen geschehen sind, die abgeurteilt werden müssen.

Ruanda braucht eine demokratische Ordnung, in der alle Volksgruppen ihren gerechten Platz finden und geschützt sind. Dazu kann die internationale Gemeinschaft, aber auch die Partnerschaft von Rheinland-Pfalz mit Ruanda ihren Beitrag leisten. Mögen die nächsten 20 Jahre dieser Partnerschaft eine Epoche des friedlichen Aufbaus werden. Der Dank des ruandischen Volkes wird einem solchen Friedenswerk sicher sein.

Leipzig, den 23.04.2002

Für Akagera-Rhein e.V.

Dr. Tharcisse Ngiuwonsanga
Vorsitzender

Für die RDR - Sektion Deutschland

Eric Bahemba
Präsident